

SIPRI YEARBOOK 2006

ARMAMENTS,
DISARMAMENT AND
INTERNATIONAL
SECURITY

Kurzfassung auf Deutsch



Das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut ist eine unabhängige, internationale Einrichtung zur Erforschung der Friedens- und Konfliktproblematik, insbesondere die der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Es wurde 1966 in Würdigung an 150 Jahre fortwährenden Friedens in Schweden gegründet und feiert 2006 den 40. Jahrestag seines Bestehens.

Das Institut wird hauptsächlich durch Fördermittel finanziert, die von der schwedischen Regierung vorgeschlagen und anschließend vom schwedischen Parlament genehmigt werden. Der Mitarbeiterstab und der Verwaltungsrat sind international. Das Institut verfügt auch über ein international besetztes Beratungsgremium.

Die Forschungsziele von SIPRI sind:

- Die Transparenz in der Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle zu fördern
- Zur Prävention und Lösung von Konflikten beizutragen
- Die Vermittlung von Information an eine breitere Öffentlichkeit zu fördern.

SIPRI veröffentlicht seine Forschungsergebnisse in Büchern und im Internet unter <http://www.sipri.org/>.

Die vorliegende Broschüre enthält eine kurze Zusammenfassung der Analysen, Fakten und Daten aus dem 888-seitigen

SIPRI Yearbook 2006

Armaments, Disarmament and International Security

Das SIPRI Jahrbuch wird seit 1969 herausgegeben. Es enthält objektive Daten und neueste Analysen, die von SIPRI Mitarbeitern und anderen Experten zu allen wichtigen Aspekten der Rüstungskontrolle, des Friedens und der Sicherheit zusammengestellt wurden. Die Ausgabe von 2006 würdigt den 40sten Jahrestag von SIPRI mit verschiedenen rückblickenden Kapiteln, neuester Berichterstattung und Analysen.

Mehr Informationen zum Jahrbuch erhalten Sie unter
<http://yearbook2006.sipri.org/>

Das Jahrbuch kann über alle großen Buchhandlungen, von Oxford University Press oder online über die obige URL bezogen werden.

Diese Zusammenfassung erhalten Sie im Internet auf Deutsch, Englisch, Französisch, Holländisch, Schwedisch und Spanisch unter

http://www.sipri.org/contents/publications/pocket/pocket_yb.html

Informationen über vor kurzem erschienene Veröffentlichungen finden Sie unter
<http://www.sipri.org/contents/webmaster/publications/>

Übersetzung: Rosemarie Fischer und Stephanie Minkus-John



Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Das Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1976 (damals unter dem Namen Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V.) als friedenspädagogische Servicestelle bundesweit etabliert. Ein zentrales Anliegen seiner Arbeit ist es, Friedenserziehung durch ein Angebot fundierter Materialien, Bildungsangebote und Beratung in der Gesellschaft zu verankern und Zugänge in alltägliche Bildungszusammenhänge zu eröffnen. Dies geschieht — in enger Zusammenarbeit mit Forschung und Praxis — durch direkte Unterstützung, durch Beratung und Serviceangebote, durch die intensive Auseinandersetzung mit zentralen Themen der Friedenserziehung im Rahmen von Projektarbeit, durch die Entwicklung von Unterrichtsmedien, durch Seminarangebote sowie die eigenständige und schnelle Publikation der Ergebnisse über das Internet sowie in einem eigenen Verlag.

Inhaltsverzeichnis

Euroatlantische Sicherheit und Institutionen	1
Größere bewaffnete Konflikte	2
Islam, Konflikt und Terrorismus	5
Friedensbildende Maßnahmen: Afrika im internationalen Blickpunkt	6
Regionale Sicherheitszusammenarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts	9
Nationale Kontrolle über Kernwaffen: Möglichkeiten und Beschränkungen	10
Der Lebenszyklus von Waffen: Offenheit und Transparenz	11
Daten über Militärausgaben: Ein Überblick über die letzten 40 Jahre	12
Militärausgaben	13
Waffenproduktion	14
Internationale Rüstungslieferungen	16
Entwicklungen in der russischen Waffenindustrie	19
Sicherheitspolitische Aspekte bei europäischer Weltraumzusammenarbeit	20
Überlegungen zur Kontinuität und Änderungen in der Rüstungskontrolle	21
Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung	22
Multilaterale Kontrolle des nuklearen Brennstoffkreislaufs	24
Entwicklungen in der chemischen und biologischen Kriegsführung und Rüstungskontrolle	25
Verbesserung der Biosicherheit: die Notwendigkeit einer globalen Strategie	26
Konventionelle Rüstungskontrolle	27
Exportkontrollen	28
Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung	29

Abkürzungen

EU	Europäische Union
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergie Organisation)
IT	Informationstechnologie
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa
MVW	Massenvernichtungswaffen
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantisches Bündnis)
NPT	Non-Proliferation Treaty (Vertrag zur Nichtverbreitung atomarer Waffen / Atomwaffensperrvertrag)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
UNMOVIC	United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission (UN-Kommission zur Überwachung, Verifizierung und Inspektion)
UNROCA	United Nations Register of Conventional Weapons (Verzeichnisses Konventioneller Waffen der UN)

Euroatlantische Sicherheit und Institutionen

- 2005 waren die euroatlantischen Beziehungen von Pragmatismus geprägt. Abgesehen von den unterschiedlichen Auffassungen in der Irakpolitik, sehen die USA und die europäischen EU/NATO-Mitglieder ihre Rollen in globalen Angelegenheiten eher als sich komplementäre, denn als konfrontierende.

- Die USA haben ihre Politik enger mit Europa koordiniert. Die Neigung der Bush-Administration im Alleingang Gewalt anzuwenden, besteht jedoch unverändert fort, aber die Wirren im Irak hindern sie daran, über mehr als Andeutungen auf eine weitere „vorbeugende“ Anwendung von Gewalt hinauszugehen.

- Die Rivalität zwischen der EU und der NATO erreicht ein neues Stadium, da sich ihre geographischen und funktionalen Ziele immer mehr überschneiden. Der Rückschlag, den die EU in Bezug auf ihre Verfassung in 2005 hinnehmen musste, hat jedoch die Implementierung ihres ehrgeizigen Sicherheitsprogramms nicht ernsthaft gefährdet.

- In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gibt es eine zunehmende klare und scharfe Trennung zwischen den Ländern, die sich der Demokratie verschrieben haben und denen, die an autoritären Machtstrukturen festhalten. Die Rolle, die Russland dort noch immer innehat, macht es schwer, festgefahrene oder schwelende Konflikte in dieser Region zu lösen, ohne entweder Russland mit einzubeziehen, oder sich mit seiner Verweigerung konfrontiert zu sehen.

- Die Nichtübereinstimmung von ethnischen und politischen Grenzen in den westlichen Balkanstaaten verbleibt Ursache möglicher Konflikte.

Größere bewaffnete Konflikte

- Nichtstaatliche Akteure spielen bei Konflikten eine zunehmende Rolle und die begrenzten Möglichkeiten der internationalen Völkergemeinschaft, sie für Übergriffe auf Zivilisten zur Verantwortung zu ziehen, stellte auch 2005 eine ernsthafte Bedrohung für die menschliche Sicherheit dar.

- Die Zersplitterung nichtstaatlicher Gruppen sowie die Fragmentierung von Gewalt waren im Jahr 2005 wiederkehrende Themen. Anstrengungen in Darfur, Sudan, einen Frieden zu erzielen, wurden dadurch unterminiert, dass die Rebellengruppen in Darfur unter sich feindselig und zersplittert sind.

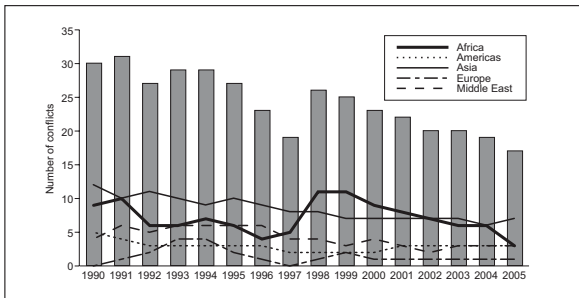
- Die Opposition von nichtstaatlichen Gruppen kann es Regierungen ermöglichen, die Existenz eines „Konfliktes“, wie er normalerweise verstanden würde, zu leugnen. So hat sich die russische Regierung 2005 weiterhin auf die kriminellen und „terroristischen“ Elemente berufen, um ihren harten Kurs gegenüber Tschetschenien und den umgebenden Republiken weiterzuführen.

- Fortwährende Unruhen in der Demokratischen Republik Kongo stellt die herkömmliche Vorstellung von eindeutig separaten Phasen „Konflikt“- und „Nachkonflikt“ aufgrund anhaltender Gewalt der Miliz und der zögerlichen Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer in Frage.

- Im Irak setzte sich die Gewalt 2005 unvermindert fort. Weder eine Übergangsregierung noch eine neue Verfassung oder Wahlen im Dezember 2005 konnten verhindern, dass die religiösen Gräben sich vertieften. Die Unfähigkeit, weder die Motivation der Kampfbereiten noch die Zusammensetzung der Aufständischen zu verstehen, ganz abgesehen davon, einen verlässlichen Zugang zu einem politischen Dialog zu finden, warf am Ende des Jahres weiterhin einen Schatten auf den Irak.

- Die lang anhaltende Auseinandersetzung zwischen Israel und Palästina und der Kaschmir-Konflikt reflektieren verändernde Tendenzen des internationalen Engagements bei Konflikten. Dies ist wiederum beeinflusst durch Entkolonialisierung, Vorherrschaft der Supermächte und der gegenwärtigen Sorge im Hinblick auf den internationalen Terrorismus.

Regionale Aufteilung und Gesamtzahl der größeren bewaffneten Konflikte, 1990–2005



Orte der 17 größeren bewaffneten Konflikte, 2005

Afrika

Burundi
Sudan
Uganda

Europa

Russland
(Tschetschenien)

Amerika

Kolumbien*
Peru
USA[†]

Naher Osten

Irak*
Israel
Türkei

Asien

Afghanistan*
Indien (Kaschmir)*
Myanmar
Nepal*
Philippinen[‡]
Sri Lanka

* Durch Kampfhandlungen bei Konflikten in diesen Ländern wurden im Jahr 2005 1 000 oder mehr Menschen getötet.

[†] Der Konflikt bezieht sich auf den zwischen der Al-Qaeda und den USA und ihren Koalitionspartnern.

[‡] Es gab zwei Konflikte auf den Philippinen.

Islam, Konflikt und Terrorismus

- Seit dem Ende des Kalten Krieges wird in zunehmendem Maße die Religion als ein Schlüsselement in vielen Konflikten der Welt angesehen.

- In den vergangenen Jahren und speziell nach den Ereignissen des 11. September 2001 in den USA, wurde der radikale Islam ursächlich mit Gewalt und Terrorismus in Verbindung gebracht.

- Während einige Beobachter im Anwachsen des religiösen Extremismus einen „Kampf der Kulturen“ sehen, in dem die Islamisten eine führende Rolle übernehmen, zeichnet die neuere Forschung ein komplexeres Bild der muslimischen Gesellschaften und ihren Beziehungen zum Rest der Welt.

- Interne Wandlungen und Konflikte innerhalb der muslimischen Welt, als Ergebnis der Globalisierung, fördern das Aufkommen neuer, dynamischer und oftmals gewalttätiger Bewegungen, die oft in Opposition zum traditionellen Islam stehen.

- Die Verschiedenartigkeit der gegenwärtigen islamistischen Bewegungen und die Vielfalt der Faktoren, die zur Rolle des Islam in Konflikten beitragen, deuten darauf hin, dass eine anspruchsvollere Sicherheitspolitik entwickelt werden muss, um Konflikte zu verhindern und zu beenden, an denen Individuen und Gruppen beteiligt sind, die mit der muslimischen Welt in Verbindung stehen.

Friedensbildende Maßnahmen: Afrika im internationalen Blickpunkt

- Wie noch nie zuvor, stellte die internationale Gemeinschaft 2005 Afrika in den Mittelpunkt. Bis Dezember 2005 waren 75% der Ressourcen der UN für Afrika bestimmt. Trotzdem geht aus den Berichten des UN Millennium-Projekts und der Kommission für Afrika unter britischer Leitung hervor, dass Afrika gegenwärtig das Gebiet ist, das am weitesten davon entfernt ist, irgendeines der Ziele des Millennium Entwicklungsprogramms zu erreichen.

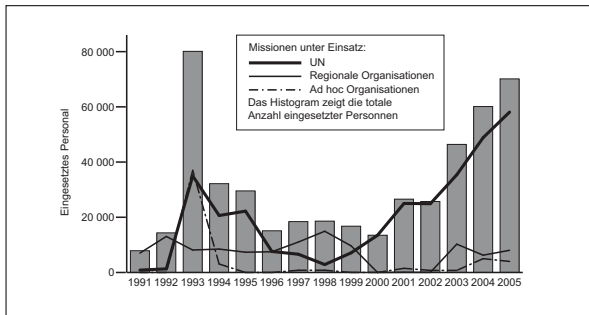
- Bei der Elfenbeinküste, Liberia und Simbabwe wurden in den letzten Jahren die negativen Auswirkungen von Konflikten und schwachen Regierungen auf die wirtschaftliche Entwicklung sichtbar. Jedoch zeigen die Beispiele von Angola und Mosambik, wie stark der Aufschwung sein kann, wenn Konflikte und Regierungsprobleme gelöst werden.

- Im September 2005 wurde auf dem Weltgipfeltreffen die Gründung einer friedensbildenden Kommission der UN bekannt gegeben, die Ländern beistehen soll, die einen Konflikt beendet haben.

- Der *Human Security Report 2005* zeigt eine sehr deutliche Wechselbeziehung zwischen dem Einsatz von Friedensmissionen und der drastischen Abnahme bewaffneter Konflikte.

- Es gab 2005 einen gewissen Erfolg für die Friedensmissionen in Liberia und Sierra Leone, aber die Probleme der Elfenbeinküste und der Demokratischen Republik Kongo zeigten die harten Realitäten in Bezug auf die Schaffung von Frieden in Afrika.

Personal eingesetzt in Friedensmissionen in Afrika, 1999–2005



- In Darfur, Sudan, erlebte die internationale Gemeinschaft ihren größten Misserfolg. Es zeigte sich, dass die unterfinanzierte Afrikanische Union (AU) nicht fähig war, die Krise zu meistern, deshalb ging der Einsatz der Afrikanischen Union in einen Einsatz unter der Leitung der UN über. Die Ereignisse in Darfur stärkten das Argument, dass die UN regionale Operationen unterstützen sollte, und dass solche Operationen, wo angemessen, über das Friedenssicherungsbudget der UN finanziert werden sollen.

Multilaterale Friedensmissionen, 2005

Geordnet nach Art der Führungsorganisation

UN	21
Regionale Organisationen oder Bündnisse	31
Nicht ständig bestehende Koalitionen	6
Gesamt	58

• Die Anzahl der Einsätze und deren Umfang haben sich dramatisch erhöht: Im Jahr 2005 wurden 289 500 Militärangehörige und 175 000 ziviles Personal in insgesamt 58 multilateralen Friedensmissionen eingesetzt (darunter 184 000 Angestellte des Militärs und der zivilen Polizei im Irak).

• Einige glauben, dass der Umfang und die Vielschichtigkeit der friedenssichernden Einsätze die Kapazität der UN und anderer Organisationen, die solche Einsätze durchführen, überfordern.

• Friedensmissionen, die von Koalitionen der Willigen durchgeführt werden, sind seit 2003 zurückgegangen, und es ist unwahrscheinlich, dass größere „Friedensmissionen“, wie die Multinationale Truppe im Irak, in naher Zukunft angesichts der enormen Belastung hinsichtlich finanzieller Mittel und Ressourcen der führenden Nationen, begonnen werden.

• Sechs neue Missionen wurden von der EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Angriff genommen, die höchste Anzahl, die in einem einzigen Jahr von einer regionalen Organisation initiiert wurde. Das stellt eine neue Stufe in der Beteiligung Europas an der Friedenssicherung dar und illustriert das stärker werdende Engagement Europas als Akteur im Rahmen der globalen Sicherheit.

Regionale Sicherheitszusammenarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts

- Regionale und sub-regionale Sicherheitszusammenarbeit hat seit 1945 stark zugenommen und viele der beteiligten Gruppen konzentrieren sich vermehrt auf die Schaffung von Sicherheit.

- Bestehende analytische Modelle — das Bündnis, das kollektive Sicherheitssystem, das Sicherheitsregime und die Sicherheitsgemeinschaft — entsprechen nicht mehr der Realität. Eine neue Analyse auf der Grundlage der Funktionalität von Sicherheit eröffnet vier Bereiche, in denen eine regionale Sicherheitsgruppe wirksam werden kann:

- (a) Sicherheitsdialog und Konfliktmanagement;

- (b) Entwicklung von Systemen der militärischen Kooperation auf der Grundlage gegenseitiger Zurückhaltung oder eines gemeinsamen Aufbaus von Möglichkeiten für Friedensmissionen neuen Stils;

- (c) Förderung demokratischer Standards bei Regierungen und die Förderung von der Menschenrechte als Mittel zur Unterstützung von friedlichen und sicheren Bedingungen und als Ziele an sich; und

- (d) Förderung von Sicherheit durch Wohlstand und wirtschaftliche Wechselbeziehungen sowie durch gemeinsames Annähern an Risiken und Herausforderungen wie zum Beispiel Terrorismus und Weiterverbreitung von MWV.

- Die USA verhalten sich misstrauisch gegenüber Rahmenbedingungen, die ihren eigenen Handlungsfreiraum einschränken, und können unter Umständen deshalb Keile zwischen regionale Nachbarn treiben.

Nationale Kontrolle über Kernwaffen: Möglichkeiten und Beschränkungen

- Die eher enttäuschende Geschichte des Vertrages zur Nichtverbreitung atomarer Waffen (NPT) von 1968 wirft die Frage auf, ob die globale Kontrolle von Kernwaffen funktionieren kann, ohne zuvor die demokratische Kontrolle auf nationaler Ebene sicherzustellen.

- Seit dem Ende des Kalten Krieges und den Ereignissen des 11. September 2001 ist das Thema ziviler Kontrolle des Atomwaffenprogramms relevanter geworden. Effektive zivile Kontrolle ist ein unerlässliches Anliegen.

- Demokratische Verantwortlichkeit für Kernwaffen sollte nicht nur bei Übergangsregierungen oder autoritären Staaten, wie dem Iran, von Interesse sein, sondern auch in gefestigten Demokratien.

- Probleme gibt es bei allen Staaten, die Kernwaffen besitzen. Zum Beispiel ist das „spezielle“ Verhältnis von Großbritannien zu den USA doppeldeutig; in Frankreich werden Kernwaffen als Teil der *domaine réservé* für den Präsidenten angesehen; die indische Regierung hat Atomwaffentests dazu benützt, ihre Popularität im eigenen Land zu steigern; in Russland ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine zivile Kontrolle nahezu unmöglich geworden; und in Pakistan ist unsicher, was mit dem Kernwaffenarsenal nach dem Ende der Präsidentschaft von Pervez Musharraf geschieht.

- Es ist unerlässlich zu erforschen, wie Atomwaffenstaaten die Nutzung von Kernwaffen und die Sicherheit, die sie bieten, gegen politische Kontrolle und Aufsicht aufwiegen.

Der Lebenszyklus von Waffen: Offenheit und Transparenz

- Eine Überprüfung der quantitativen Daten über den Lebenszyklus von Waffen auf multinationaler Ebene zeigt, dass die von Regierungen eingeräumte Transparenz den Bedürfnissen der repräsentativen Institutionen, der Medien oder der breiten Öffentlichkeit nicht entspricht. Solche Offenheit ist aber die Voraussetzung für demokratische Kontrolle und verantwortungsvolles politisches Handeln, sowohl national wie auch international.

- Das Fehlen international anerkannter Definitionen, oder das Festhalten an bestehenden Definitionen erschwert einen internationalen Vergleich.

- Es gibt keinen systematischen, verlässlichen, gültigen, weltweiten (oder in den meisten Fällen nicht einmal regionalen) quantitativen Datensatz über den Lebenszyklus von Waffen, da die meisten Regierungen ihre Daten geheim halten.

- Es besteht weiterhin eine große Unsicherheit über den weltweiten Bestand an Kernwaffen und die Transparenz im Hinblick auf biologische Waffen hat eher abgenommen.

- Für die positivere Tendenzen bei den chemischen Waffen, den Militärausgaben und beim Waffentransfer gibt es eine Reihe von Gründen, u. a. neue multinationale Vereinbarungen, Informationsforderungen der Öffentlichkeit und Entwicklungen in politischen Debatten.

- Kleinwaffen gewinnen an politischer Bedeutung, obwohl der Zugang zu Daten weiterhin mangelhaft ist.

Daten über Militärausgaben: Ein Überblick über die letzten 40 Jahre

- In den letzten 40 Jahren haben bei der Verwendung von Daten über Militärausgaben zwei wichtige Veränderungen stattgefunden. Zuerst hat sich in der Zeit nach dem Kalten Krieg die Aufmerksamkeit von den Blöcken des Kalten Krieges im Norden auf die Entwicklungsländer im Süden verlagert. Zweitens hat sich das Interesse der UN an Daten über Militärausgaben von der Abrüstung wegbewegt, hin zu Transparenz.

- Die Vorstellung, dass Abrüstung ein direkter Weg zur Entwicklung sei, hat an Boden verloren, während die aktive Förderung von Sicherheit, z.B. durch vertrauensbildende Maßnahmen und Konfliktverhinderung, stärker geworden ist.

- Ein wachsendes Bewusstsein über die Wechselbeziehung von Sicherheit und Entwicklung schafft neue Ideen, wie beides zu fördern sei. Weniger ermutigend ist es aber, dass der Beginn des 21sten Jahrhunderts davon beherrscht wurde, dass riesige militärische Mittel im Namen der Verteidigung und des Vorantreibens der Demokratie verwendet wurden.

- Die Bedeutung der Daten über Ausgaben des Militärs ist ein fortwährendes Thema. Die Verwendung solcher Daten zur Einschätzung militärischer Stärke kann zu irrigen Annahmen führen, wie durch die Erfahrung des Kalten Krieges gezeigt wird. Ihre Bedeutung wird auch durch das sich verändernde Sicherheitskonzept in Frage gestellt, das in zunehmendem Maße die interne Sicherheit und die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellt.

Militärausgaben

- Es wird geschätzt, dass sich die Ausgaben des Militärs im Jahr 2005 weltweit auf 1 118 Mrd. USD beliefen. Das entspricht 2,5% des globalen Bruttoinlandsprodukts oder einer durchschnittlichen pro Kopf-Ausgabe von 173 USD.

- Die weltweiten Ausgaben des Militärs im Jahr 2005, zeigen eine reale Steigerung von 3.4% seit 2004 und von 34% über einen Zeitraum von 10 Jahren, 1996–2005. Die USA, verantwortlich für 80% der Steigerung im Jahre 2005, sind der ausschlaggebende Faktor für den gegenwärtigen weltweiten Trend.

- Die USA sind jetzt für 48% der weltweiten Militärausgaben verantwortlich, gefolgt, mit Abstand, von Großbritannien, Frankreich, Japan und China mit jeweils 4–5%. Das schnelle Anwachsen der Ausgaben der Vereinigten Staaten ist eine Folge der Militäraktionen in Afghanistan und im Irak. Auch Ausgaben im Zusammenhang der beiden Hurrikane „Katrina“ und „Rita“ spielten eine gewisse Rolle.

- Umstände, die auch zu den wachsenden Militärausgaben beitragen, sind die hohen und wachsenden Marktpreise von Mineralien und fossilen Brennstoffen. Diese haben es Ländern wie Algerien, Aserbaidschan, Russland und Saudi Arabien erlaubt, Staatseinkünfte aus Öl- und Gasverkäufen für militärische Ausgaben frei zu geben.

- Auch in China und Indien kann ein anhaltendes Anwachsen der jeweiligen Militärausgaben festgestellt werden. In absoluten Zahlen betragen ihre Ausgaben aber nur einen Bruchteil von denen der USA.

Waffenproduktion

- Die Waffenverkäufe der hundert größten Waffenproduzenten (die SIPRI Topp 100) sind 2004 um deutliche 15% gestiegen. Damit setzt sich die steigende Tendenz seit den späten 90er Jahren des letzten Jahrhunderts fort.

- Die Summe aller Waffenverkäufe, von der SIPRI Topp 100-Liste betrug 268 Mrd. USD. US- und westeuropäische Firmen waren für den größten Teil davon verantwortlich: 40 US-Firmen hatten daran einen Anteil von 63,3% und 36 westeuropäische Firmen von 29,4%.

- Firmenübernahmen fanden nach wie vor statt, haben sich aber seit den späten 1990er Jahren verringert. Fünf große Firmenübernahmen mit einem Volumen von knapp bzw. über 2 Mrd. USD wurden 2005 abgeschlossen.

- In der Zeit nach dem Kalten Krieg hat sich die Waffenproduktion in drei Hauptrichtungen verändert: strukturell, technologisch und in der Art ihrer Zusammensetzung:

- (a) Der Konzentrationsprozess innerhalb der Rüstungsindustrie nahm zu: der Anteil der Topp 5 von SIPRI's Liste der Topp 100 an den gesamten Waffenverkäufen hat sich von 22% im Jahr 1990 auf 44% im Jahr 2003 erhöht.

- (b) Da die Technologie zivilen Ursprungs für Waffensysteme wichtiger geworden ist, gab es bei der Waffentechnik eine qualitative Verschiebung hin zu IT und Elektronik.

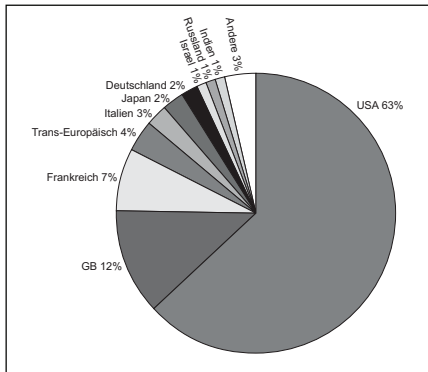
- (c) Die Privatisierung von Dienstleistungen bei der Verteidigung lockt neue Lieferanten in militärische Kontrakte. Dies wurde deutlich in der Auseinandersetzung mit dem Irak, wo Firmen unterstützende Funktionen übernahmen, die in der Vergangenheit von den Streitkräften übernommen worden wären.

- Entgegen der Internationalisierung, was die Märkte und Versorgungsketten betrifft, spielen die heimischen Märkte und die Unterstützung durch die eigene Regierung weiterhin eine entscheidende Rolle für Firmen, die Waffen produzieren.

Waffenverkäufe der 5 größten Waffenproduzenten der Welt (ausgenommen China), 2004

1 Boeing (USA)	27.5 Mrd. USD
2 Lockheed Martin (USA)	26.4 Mrd. USD
3 Northrop Grumman (USA)	26.0 Mrd. USD
4 BAE Systems (GB)	19.8 Mrd. USD
5 Raytheon (USA)	17.2 Mrd. USD

Nationale Anteile an Waffenverkäufen der SIPRI Topp-100 Waffenproduzenten (ausgenommen China), 2004



Internationale Rüstungslieferungen

- Das Volumen der Rüstungslieferungen größerer Waffensysteme hat laut den Werten des SIPRI Trendindikators und der aggregierten nationalen Rüstungslieferungsstatistiken, seit 2003 jedes Jahr zugenommen. Russland und die USA sind weltweit für ca. 30% der Lieferungen der größeren Waffen zwischen 2001 und 2005 verantwortlich. Ungefähr 43% der russischen Lieferungen gingen an China und 25% an Indien.

- Lieferungen größerer Waffensysteme an den Irak lassen erkennen, dass Lieferanten außerhalb Europas und der USA auf diesem Markt nicht erfolgreich sind und vermutlich auch weiterhin nicht sein werden.

- Es scheint so, als ob einige europäische Regierungen Vorbehalte haben gegenüber Waffenexporten in den Irak. So lange die europäischen Länder ihre Waffenexportpolitik selbst kontrollieren, könnten die größten Waffenlieferanten für den Irak in der Zukunft auch zentral- und osteuropäische Länder mit einschließen.

- Verschärfter internationaler Wettbewerb beim Transfer von Waffen ermutigt einige Länder dazu bei der Umsetzung ihrer Exportpolitik einem „kommerziellen Pragmatismus“ zu folgen. Solche Einstellungen mögen sich durch den Versuch der USA verfestigen, andere Staaten dazu zu bringen, ihre Exportkontrollgrundsätze zu akzeptieren. Im Jahr 2005 wurden China, Israel und Lieferanten in Europa von den Wiederausfuhrkontrollen oder Sanktionen der USA betroffen.

• Die Bereitschaft einiger Regierungen zu Transparenz und zur Berichterstattung für das Verzeichnisses Konventioneller Waffen der UN (UNROCA) scheinen zu schwinden. Darüber hinaus erschweren es die Meldepraktiken der EU-Mitgliedstaaten, deren Interpretation und Anwendung des EU Verhaltenskodex zu Waffenexporten einzuschätzen. Die Transparenz wird darunter leiden, wenn kommerzieller Pragmatismus die politische Bereitschaft verringert, über nationale Waffenexporte zu berichten. Das ehrgeizige Bestreben, das Berichtsformat weiter zu vereinheitlichen, könnte ungewollt dazu beitragen, das Verständnis der gelieferten Daten zu komplizieren .

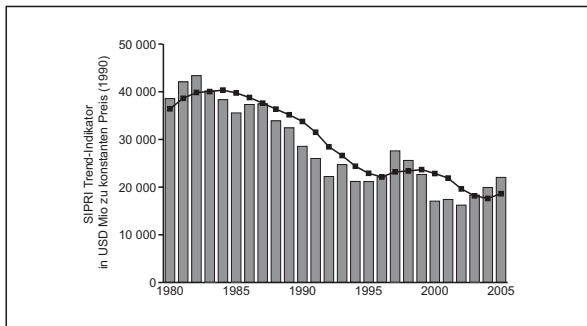
Die 10 führenden Exporteure größerer konventioneller Waffen, 2001–2005*

Anteile am weltweiten Export

1	Russland	31%
2	USA	30%
3	Frankreich	9%
4	Deutschland	6%
5	Großbritannien	4%
6	Ukraine	2%
7	Kanada	2%
8	Niederlande	2%
9	Italien	2%
10	Schweden	2%

* Von 2001–2005 betrug die Lieferungen der europäischen Staaten an nicht-europäische Staaten 27% der weltweiten Lieferungen, womit die EU zum drittgrößten Exporteur wurde.

Trend bei Lieferungen größerer konventioneller Waffen, 1980–2005



Das Säulendiagramm zeigt jährliche Gesamtsummen; die Linie beschreibt durchschnittliche Bewegungen im fünfjährigen gleitenden Durchschnitt, gekennzeichnet am letzten Jahr jeder Fünf-Jahresperiode.

Entwicklungen in der russischen Waffenindustrie

- Nach 1991 schrumpfte die riesige Waffenindustrie der Sowjet-Ära merklich und die Geschäfts- und Aufsichtsführung des russischen Militärssektors erlebten häufige und weitreichende Veränderungen.

- Seit der Machtübernahme Präsident Vladimir Putins im Jahre 1999 hat sich die Rüstungsproduktion wieder einigermaßen erholt und die Ausgaben für Beschaffung, Forschung und Entwicklung sind gestiegen.

- Die Rüstungsproduktion Russlands bleibt weiterhin größtenteils von Exporten abhängig.

- Das sowjetische Erbe tritt noch stark in Erscheinung. Die Industrie verbleibt von der restlichen Welt relativ isoliert; sie zögert sich weiterhin transnationale Mitbeteiligungen zu suchen oder ausländische Eigentümerschaft zu erlauben.

- Das Maß an Transparenz, auch wenn es sich verbessert, bleibt noch immer hinter dem zurück, was in demokratischen Ländern als normal angesehen wird.

Sicherheitspolitische Aspekte bei europäischer Weltraumzusammenarbeit

- Europa spielt seit langer Zeit eine wichtige Rolle im Weltraum. Die europäischen Weltraumkompetenzen entwickelten sich aus Anstrengungen einer verworrenen Mischung nationaler und multinationaler Organisationen. Hauptakteure sind Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien und auf gemeinschaftlicher Ebene die EU und die Europäische Weltraumbehörde.

- Europäische Staaten erkennen die Notwendigkeit weiterer Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer sicherheitspolitischen Dimension für ihre Weltraumaktivitäten. Der Anstoß zur Kooperation ergibt sich aus dem Trend zur Zusammenarbeit in der Außen- und Verteidigungspolitik und aus Europas Wunsch, Fähigkeiten zu erwerben, die von den USA unabhängig sind.

- Europas gemeinsame zivile wie auch militärische Weltraumbestrebungen werden von Budgetstreitigkeiten beeinträchtigt. Das Thema Weltraum steht zurzeit nicht an erster Stelle der Tagesordnung bei der Entwicklung der militärischen Einrichtungen der EU.

- Die EU wird für die Sicherheit und militärischen Operationen ihrer Mitglieder immer öfter als Rahmen gewählt und versucht sich zugleich als internationaler Akteur zu profilieren. Dadurch wird sie sich höchstwahrscheinlich von der Verwendung von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und der Verteilung von Daten aus nationalen Netzwerken hin zur Anwendung kollektiveigener Technologie für die Nutzung des Weltraums zu Sicherheitszwecken weiterentwickeln.

Überlegungen zur Kontinuität und Änderungen in der Rüstungskontrolle

- Multilaterale Rüstungskontrollabkommen werden zunehmend durch andere Maßnahmen ergänzt und unterstützt, diesen fehlt es jedoch im Allgemeinen an Symmetrie, Gegenseitigkeit und universeller Beteiligung. Die UN-Resolution 1540 des Sicherheitsrates über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen besitzt jedoch diese Eigenschaften.

- Wechselnde Ansichten darüber, ob Überprüfungen wünschenswert und durchführbar sind, haben die Beurteilung und Durchsetzung der Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen erschwert und werden dies auch in Zukunft tun.

- Einige neuere Rüstungskontrollinitiativen haben sich auf Objekte mit sowohl zivilem als auch militärischem Verwendungszweck konzentriert. Ein Zugangsverbot für Technologie mit doppeltem Verwendungszweck sollte jedoch nur dann erfolgen, wenn die betreffende Technologie sehr wahrscheinlich missbraucht wird.

- Die wachsende Bedeutung nicht-staatlicher Akteure im Sicherheitsbereich regt zu neuen Denkansätzen in der Rüstungskontrolle an. Ein Hauptanliegen ist die Kontrolle von und ein selektives Zugangsverbot für Technologien und Materialien, die von nicht-staatlichen Gruppen für Terroranschläge verwendet werden könnten.

- Erfreulicherweise befassen sich auch nicht-staatliche Akteure, darunter private Unternehmen, mit der Gestaltung und Umsetzung von Exportkontrollen und sie sind sich des Bedarfs bewusst aktive Partner im Aufbau von Sicherheit zu sein.

Atomare Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

- Die Wirksamkeit und Entwicklungsfähigkeit des Atomwaffensperrvertrags von 1968 wurden durch den Stillstand bei der Implementierung der wichtigsten Vertragspunkte, die im Mai 2005 bei der siebten fünfjährigen Überprüfungs-konferenz der Vertragsparteien des Abkommens in New York aufkamen, einschließlich der nuklearen Abrüstung, in Frage gestellt.

- Die internationale Kontroverse über die Art des iranischen Nuklear-Programms verstärkte sich während des Jahres 2005. Die Internationale Atomenergie Organisation (IAEA) gab weitere Einzelheiten bekannt über das Versäumnis des Irans, wichtige nukleare Aktivitäten darzulegen, wie es in dem Sicherheitsabkommen mit der IAEA vorgeschrieben ist. In der Zwischenzeit hat der Iran die freiwillige Aussetzung seines Uran-Anreicherungsprogramms beendet.

- In den Sechs-Parteien-Gesprächen über die Zukunft der Nuklearprogramme in Nordkorea, das im Februar 2005 zum ersten Mal zugab, Kernwaffen zu besitzen, wurde kein Durchbruch erzielt.

- 2005 starteten die USA und die indische Regierung die Initiative über die Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung von Kernenergie. Das vorgeschlagene Abkommen wurde weithin kritisiert, weil es gegen die Richtlinien der Gruppe der Nuklearen Lieferstaaten verstößt und Anstrengungen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unterminiert.

Weltweite Nuklearmächte: Anzahl der einsetzbaren Sprengköpfe, Januar 2006

<i>Land</i>	<i>Jahr des ersten Atomtests</i>	<i>Einsetzbaren Sprengköpfe</i>
USA	1945	5 521
Russland	1949	5 682
Großbritannien	1952	185
Frankreich	1960	348
China	1964	ca. 130
Indien	1974	ca. 50
Pakistan	1998	ca. 60
Israel	–	100–200
<i>Insgesamt</i>		ca. 12 100

- Acht Staaten sind im Besitz von mehr als 27 000 nuklearen Sprengköpfen. Es gibt keine öffentlichen Informationen, die Nordkoreas Behauptung, Nuklearwaffen entwickelt zu haben, bestätigen.

- Es wurden ca. 440 Nuklearbomben an acht Stützpunkten in sechs NATO Ländern in Europa stationiert, wo sie für Einsätze durch NATO und US Flugzeuge bereitstehen.

- Die fünf, im Atomwaffensperrvertrag festgelegten Nuklearwaffenstaaten setzten, mit Ausnahme Großbritanniens, 2006 bedeutende Modernisierungsprogramme ihrer Nuklearstreitmächte fort.

- Der zentralisierte Operationsplan der USA aus der Ära des Kalten Krieges, wurde durch eine Anzahl kleinerer, flexiblerer nuklearer Zielpläne, die kollektiv als Operationsplan 8044 bekannt sind, ersetzt. Einer davon ist der Plan 8022, der den kurzfristigen Einsatz von nuklearen und konventionellen Streitkräften voraussieht.

Multilaterale Kontrolle des nuklearen Brennstoffkreislaufs

- Die jüngsten Ereignisse im Iran haben die Tatsache hervorgehoben, dass Technologien zur Entwicklung von nuklearer Energie für friedliche Zwecke auch für die Herstellung nuklearer Waffen verwendet werden können. Da die Kernspaltung höchstwahrscheinlich in den kommenden Jahrzehnten eine wesentliche Quelle zur Elektrizitätsgewinnung bleibt, ist es wichtig, mittelfristig die Sicherheit und Entwicklung nuklearer Energie zu gewährleisten.

- 2005 gab es erneutes Interesse an multinationalen Ansätzen, um die empfindlichen nuklearen Brennstoffkreislaufanlagen so zu verwalten, dass zivile Nuklearenergieprogramme nicht zu militärischen Zwecken ausgenutzt werden können.

- Von der Völkergemeinschaft wurden drei Ansätze entwickelt, um zu verhindern, dass nukleare Energietechnologie zur Herstellung von Nuklearwaffen verwendet wird:

- (a) Einführung gesetzlicher und regulatorischer Beschränkungen über den Transfer empfindlicher Technologien und Materialien;

- (b) Förderung multilateraler Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung, Entwicklung und den Besitz von empfindlichen nuklearen Brennstoffkreislaufanlagen; und

- (c) Verwendung proliferationsresistenter Nukleartechnologien.

Eine Kombination dieser Ansätze erscheint am erfolgversprechendsten, da jeder für sich die Stärken der anderen bekräftigen und ihre Schwachstellen ausmerzen könnte.

Entwicklungen in der chemischen und biologischen Kriegsführung und Rüstungskontrolle

- 2005 wurden die zwei Vorgehenspläne (zur Universalität und zur nationalen Durchführung), die 2003 von den Vertragsparteien der Chemie-Waffen-Konvention von 1993 (CWK) angenommen wurden, erweitert, und acht weitere Länder wurden zu Mitgliedern der Konvention.

- Ungefähr 36% der 31 000 t des Chemie-Waffen-Arsenals der USA und etwa 4% des 40 000 t Arsenals Russlands wurden bis Ende 2005 vernichtet. Keines der beiden Länder wird voraussichtlich all seine Bestände bis zu den vertraglich festgeschriebenen Terminen vernichten.

- Die von den USA geführte Überwachungsgruppe des Irak veröffentlichte 2005 mehrere Nachträge zu ihrem Abschlussbericht von 2004. Die UN-Kommission zur Überwachung, Verifizierung und Inspektion (UNMOVIC) bleibt weiterhin vom Irak ausgeschlossen.

- Solange das Ausmaß der Bedrohung durch den terroristischen Gebrauch von biologischen und chemischen Waffen unklar bleibt, sollten effektive biologische Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen implementiert werden.

- Die Weltgesundheitsorganisation verabschiedete 2005 neue internationale Gesundheitsvorschriften — rechtskräftige Bestimmungen über den Austausch epidemiologischer Informationen zur Verbreitung ansteckender Krankheiten. Das Europäische Zentrum zur Prävention und Kontrolle von Krankheiten in Stockholm begann 2005 mit seiner Arbeit.

- 2005 wurde der 29. April zum Gedenktag für alle Opfer der chemischen Kriegsführung erklärt.

Verbesserung der Biosicherheit: die Notwendigkeit einer globalen Strategie

- Um die Verbreitung von biologischen Waffenprogrammen zu verhindern, und um aufkommenden Bedrohungen von Terroristen entgegenzuwirken, konzentrieren sich seit 1991 sogenannte Bedrohungsverminderungsmaßnahmen hauptsächlich auf Russland und andere ehemalige Sowjetstaaten. Diese Maßnahmen waren unter anderem darauf gerichtet, relevante Ausrüstung und Infrastruktur zu vernichten und die Anstrengungen der Rüstungswissenschaftler auf friedliche Zwecke auszurichten.

- Der aktuelle Trend in den Bedrohungsverminderungsmaßnahmen konzentriert sich auf größere geographische Gebiete — insbesondere Afrika und Teile Asiens — und darauf, umfassendere Bedrohungen, auch solche, das Gesundheitswesen und den Bioterrorismus betreffend, anzugehen.

- Neu und vermehrt auftretende Krankheiten stellen eine massive Bedrohung für die Menschheit dar, und es besteht Bedarf für eine globale Strategie, um das Risiko der Anwendung von biologischen Agenzien als Waffen zu vermindern.

- Eine globale Strategie sollte effektive Maßnahmen zur Verbesserung der weltweiten Biosicherheit in Anlagen, die mit gefährlichen Erregern arbeiten, beinhalten. Sie sollte zudem globale Normen und Richtlinien umfassen, welche die Verbreitung von biologischen Materialien, Technologie und Fachwissen an Kriminelle verhindern.

Konventionelle Rüstungskontrolle

- Kontrollen der konventionellen Streitkräfte spielen weiterhin eine maßgeblich stabilisierende und sicherheitsbildende Rolle in innereuropäischen Beziehungen. In dieser Hinsicht bleibt Europa ein Vorbild, doch die Herausforderung liegt im Erhalt dieses Status.

- Meinungsverschiedenheiten zwischen Russland und dem Westen verzögern weiterhin die Verabschiedung und Entwicklung des „harten“, konventionellen Rüstungskontrollregimes Europas.

- Das Inkrafttreten des Abkommens über die Annahme des Vertrags von 1999 über konventionelle Streitkräfte in Europa (adaptierter KSE-Vertrag) verzögert sich, bis zum vollständigen militärischen Abzug Russlands aus Georgien und Moldawien. Im Frühjahr 2006 schien die Realisierbarkeit des KSE-Vertrags ungewiss, als sich Russland im Mai „zum Kräfteressen“ auf der dritten KSE Überprüfungskonferenz positionierte.

- Es wurde wenig Fortschritt darin erzielt, die Methode der OSZE zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung zu überdenken, um der aufkommenden Kombination von innerstaatlicher Gewalt und zwischenstaatlicher oder globaler Bedrohungen entgegenzutreten.

- China, Russland und die USA bewegen sich angeblich auf die Ratifizierung des Protokolls V zu, das im Rahmen des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen von 1981, Kriegsmunitionsrückstände regelt. Parallel dazu bleibt die Opposition gegen ein Abkommen über Fahrzeugminen bestehen.

Exportkontrollen

- Es wird zunehmend die Notwendigkeit anerkannt, die größtmögliche Beteiligung bei den Bemühungen zur Verstärkung der Exportkontrollen zu erlangen.

- Der hohe Grad an Unterstützung den die UN Sicherheitsratsresolution 1540 im Jahre 2005 erreicht hat, deutet auf ein wachsendes internationales Bewusstsein bezüglich der Wichtigkeit für die Durchsetzung von Exportkontrollen hin.

- Internationaler Kontakt und Hilfeleistung sind umso mehr gefragt, umso mehr Länder versuchen, die Einführung der rigorosesten internationalen Richtlinien zu beschleunigen. Sowohl die EU als auch Japan überlegen, wie sich die benötigte Hilfeleistung am besten finanzieren und erfüllen ließe, um dadurch die Bemühungen der USA zu ergänzen.

- Exportkontrollen werden in neuen Funktionsbereichen, als Teil größerer Bemühungen, die Rüstungskontrolle den wechselnden Sicherheitsbedingungen anzupassen, eingesetzt. Eine neue Bestimmung der EU über den Handel mit Gütern, die der Todesstrafe, Folter und dergleichen dienen könnten, erweitert Exportkontrollen über militärische und strategische Produkte hinaus.

- Um zur Verwirklichung anti-terroristischer Zielsetzungen beizutragen, prüfen viele Mitgliedstaaten der IAEA, wie Exportkontrollen das Risiko des Erwerbs oder der Benutzung radiologischer Waffen durch nichtstaatliche Akteure reduzieren könnten.

Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, sowie über das humanitäre Recht in bewaffneten Konflikten, März 2006

- 1925 Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen und ähnlichen Gasen und von bakteriologischen Mitteln im Kriege (Genfer Protokoll)
- 1948 Vertrag über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung unter westeuropäischen Staaten (Brüsseler Vertrag)
- 1948 Konvention über die Verhinderung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes (Genozid Konvention)
- 1949 Genfer Abkommen (IV) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten
- 1954 Protokolle zum Brüsseler Vertrag von 1948 (Pariser Abkommen über die Westeuropäische Union)
- 1959 Antarktis Vertrag
- 1963 Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Partieller Teststopp-Vertrag)
- 1967 Vertrag über die Grundsätze der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Weltraum-Vertrag)
- 1967 Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Vertrag von Tlatelolco)
- 1968 Vertrag zur Nichtverbreitung atomarer Waffen / Atomwaffensperrvertrag (Non-proliferation Treaty, NPT)

- 1971 Vertrag zum Verbot der Stationierung von Nuklearwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden oder dessen Untergrund (Meeresboden-Vertrag)
- 1972 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie deren Vernichtung (Bio- und Toxin-Waffen-Übereinkommen, BTWC)
- 1974 Vertrag über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (Testschwellenvertrag, TTBT)
- 1976 Vertrag über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken (PNET-Vertrag)
- 1977 Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Technologien (ENMOD-Konvention)
- 1977 Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte
- 1977 Zusatzprotokoll II zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz der Opfer nicht-internationaler bewaffneter Konflikte
- 1980 Konvention zum physischen Schutz von Nuklearmaterial
- 1981 Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (CCW-Konvention oder Konvention über „inhumane Waffen“)

- 1985 Vertrag über die nuklearfreie Zone Südpazifik (Vertrag von Rarotonga)
- 1987 Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag)
- 1990 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
- 1991 Vertrag über die Reduzierung und Begrenzung strategischer Angriffswaffen (START I Vertrag)
- 1992 Vertrag über den Offenen Himmel (engl. Open Skies Treaty)
- 1992 Die Abschließende Akte der Verhandlungen über Personalstärken der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-1A Abkommen)
- 1993 Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und deren Vernichtung (C-Waffen Konvention, CWK)
- 1995 Vertrag über die kernwaffenfreie Zone Südostasien (Vertrag von Bangkok)
- 1996 Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) in Bosnien-Herzegowina (außer Kraft seit 24. September 2004)
- 1996 Geändertes Protokoll II zur CCW-Konvention von 1981 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen
- 1996 Abkommen über subregionale Waffenkontrolle bezüglich Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Bosnien-Herzegowina und Kroatien (Abkommen von Florenz)

- 1997 Interamerikanisches Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von und den Handel mit Schusswaffen, Munition, Sprengstoff und ähnlichem Material.
- 1997 Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung (APM-Konvention)
- 1999 Interamerikanisches Übereinkommen über Transparenz beim Erwerb konventioneller Waffen
- 1999 Wiener Dokument von 1999 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen
- 2002 Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT)

Verträge außer Kraft, März 2006

- 1972 Vertrag zur Begrenzung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen (Anti-Raketenabwehr-Vertrag / ABM-Vertrag): seit 13. Juni 2002 nicht mehr in Kraft
- 1993 Vertrag über die weitere Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (START II Vertrag)
- 1996 Vertrag über eine afrikanische kernwaffenfreie Zone (Vertrag von Pelindaba)
- 1996 Vertrag über umfassende Atomteststopps (CTBT)
- 1999 Abkommen über die Annahme des Vertrags von 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa



Verwaltungsrat

Botschafter Rolf Ekéus, Vorsitzender (Schweden)

Sir Marrack Goulding, stellver. Vorsitzender (GB)

Dr. Alexei G. Arbatov (Russland)

Jayantha Dhanapala (Sri Lanka)

Dr. Willem F. van Eekelen (Niederlande)

Dr. Nabil Elaraby (Ägypten)

Rose E. Gottemoeller (USA)

Professor Helga Haftendorn (Deutschland)

Professor Ronald G. Sutherland (Kanada)

Direktor/in

Direktorin

Alyson J. K. Bailes (GB)

© SIPRI 2006

Druck: CM Gruppen, Stockholm

Kontakt für weitere Informationen



Stockholm International Peace Research Institute

Signalistgatan 9
SE-169 70 Solna
Schweden

Telefon: +46 8/655 97 00
Fax: +46 8/655 97 33
E-Mail: sipri@sipri.org
URL: <http://www.sipri.org>



Institut für Friedenspädagogik
Tübingen e.V.

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.

Corrensstr. 12
D-72076 Tübingen
Deutschland

Telefon: +49 7071/920510
Fax: +49 7071/9205111
E-Mail: kontakt@friedenspaedagogik.de
URL: <http://www.friedenspaedagogik.de>